

# Die Macht des Wahlsystems

## Gastkommentar

von ADRIAN VATTER

Was wäre, wenn es bei den Nationalratswahlen nicht 26 kantonale, sondern nur einen einzigen nationalen Wahlkreis gäbe? Wahlsysteme legen die Spielregeln für Wahlen fest. Bei den Nationalratswahlen gilt das Proporzwahlsystem. Ausdruck des stark föderalen Charakters des Wahlsystems ist zudem der Grundsatz, dass jeder Kanton einen eigenen Wahlkreis bildet und mindestens einen der insgesamt 200 Sitze erhält.

Die beträchtlichen Bevölkerungsdifferenzen zwischen den Kantonen führen dabei zu sehr unterschiedlich hohen Eintrittsschwellen und damit auch zu einer empfindlichen Einschränkung des Proporzwahlsystems. So müssen die Parteien in den 13 mittleren und kleineren Proporzkantonen, wo weniger als zehn Mandate zu vergeben sind, für einen Sitz einen Stimmenanteil von mehr als zehn Prozent erreichen. In den Kantonen Jura und Schaffhausen, wo nur zwei Sitze zu verteilen sind, braucht es ein Drittel der Stimmen, um in den Nationalrat einzuziehen. Und in den sechs bevölkerungsärmsten Kantonen wird nur ein einziges Nationalratsmandat vergeben. Diese Kantone kennen faktisch ein Mehrheitswahlsystem: Gewählt ist hier, wer die meisten Stimmen erhält. Damit weichen die Anteile der erhaltenen Sitze von denjenigen der Stimmen oft beträchtlich ab.

Wäre die Schweiz ein einziger Wahlkreis, so hätten die Bundesratsparteien pro Wahl sechs bis zehn Sitze weniger erhalten. Gäbe es bei den Nationalratswahlen nicht 26 kantonale, sondern nur einen einzigen nationalen Wahlkreis – vom Boden- bis zum Genfersee –, würden die kleinen Parteien weitestgehend profitieren, während die mittleren und grossen Volksparteien wie SVP, SP, FDP und CVP im Vergleich zu heute schlechter gestellt würden. Es gibt allerdings eine interessante Ausnahme: Kleine Parteien wie die Lega dei Ticinesi, die CSP oder früher die Liberalen in der Westschweiz, die sich durch einige wenige, dafür aber

Wäre die Schweiz ein einziger  
Wahlkreis, so hätten die  
Bundesratsparteien pro Wahl  
sechs bis zehn Sitze weniger erhalten.

starke kantonale Hochburgen auszeichnen, würden ebenfalls Sitze verlieren, da nicht mehr ihre aussergewöhnliche Stärke in einem einzelnen Kanton, sondern eben das Wahlergebn in der gesamten Schweiz zählen würde. Insgesamt gilt aber: Wäre die Schweiz ein einziger Wahlkreis, so hätten die Bundesratsparteien bei den Nationalratswahlen im langjährigen Durchschnitt pro Wahl sechs bis zehn Sitze weniger erhalten. Die grössten Änderungen wären dabei in den Kleinkantonen zu erwarten, da hier die Wählerschaft bisher nur eine beschränkte Parteiliste hatte. So wäre davon auszugehen, dass vermehrt auch kleinere Parteien in Kleinkantonen überhaupt antreten würden, da ihre Stimmen nicht mehr verloren gingen. Dies könnte den Parteienwettbewerb in den kleinen Kantonen massiv verstärken. Experten schätzen allein diesen psychologischen Effekt einer Wahlverfahrensänderung auf etwa drei weitere Sitze für kleinere Parteien.

Eine solche Stärkung der Stimmengerechtigkeit tönt auf den ersten Blick verlockend. Gleichzeitig würde die Reduktion auf einen einzigen Wahlkreis aber eine weitere Parteilistenzersplitterung, eine Schwächung der gemässigten Mitte und eine zunehmende Instabilität der Regierungsbildung durch das Parlament begünstigen. Eine höhere Wahlstimmengerechtigkeit würde damit eine andere – und für die Schweiz zunehmend wichtige – Kernfunktion von Wahlsystemen schwächen: nämlich die Bildung einer stabilen Regierung, die nicht aus zu vielen Parteien besteht, die sich gegenseitig blockieren.

---

Adrian Vatter ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Markus Freitag im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre wenn?

# Eine Frage des Charakters

## Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Was nicht alles die Wahlentscheidung beeinflussen soll. Sind für einmal weder Geschlecht noch Alter, Einkommen oder das Umfeld relevant, dann werden gern Ereignisse wie die Flüchtlingskrise oder der Klimawandel für die Stimmung im Land verantwortlich gemacht. Was wäre, wenn allein unser Charakter die Wahlentscheidung bestimmen würde? Informationen zu den Psychogrammen potenzieller Wählerinnen und Wähler lassen sich anhand von fünf Charakterzügen beziehen: Unser Grad der Offenheit bemisst sich an unseren vielfältigen Interessen und unseren Vorlieben für das Ungewöhnliche und Verrückte. Gewissenhaft ist, wer bodenständig, regeltreu und zielstrebig agiert. Der Charakterzug Extraversion zeigt, wie zurückgezogen oder wie gesellig und sozial dominant wir uns geben. Verträglichkeit wiederum informiert über unser Niveau an Gutmütigkeit und unser Bedürfnis nach Harmonie. Und Neurotizismus gibt Aufschluss über unsere emotionale Belast- und Verletzbarkeit. Diese fünf Wesenszüge sind zur Hälfte vererbt und mit zunehmendem Alter nur schwer veränderbar.

Stellen wir uns jetzt einmal einen Wähler namens Reto vor. Reto ist seit je als bodenständig und wenig extravagant bekannt. Derartig veranlagt, sucht er nicht unentwegt Abwechslung und bevorzugt höchstwahrscheinlich ein strukturiertes, vorhersehbares und familiäres Umfeld. Durch Erfahrungen lernt er, dass Traditionen, Regelmässigkeiten, formale Übereinkünfte und unverrückbare Vorstellungen probate Mittel darstellen, um das Leben und

**Unser Charakter bestimmt  
auch unsere politischen Neigungen  
und damit unser Wahlverhalten.  
Dies hat einen stabilisierenden Effekt.**

dessen Herausforderungen zu meistern. Menschen wie Reto entwickeln sehr wahrscheinlich konservative Einstellungen und suchen sich Weggefährten, die ähnlich ticken und die ihre Wert- und Glaubenssysteme nicht ständig und unnötig herausfordern. Es ist auch naheliegend, dass ihre politischen Präferenzen bei den Akteuren und Organisationen liegen, welche die Überschaubarkeit der Lebensbedingungen zum politischen Programm aufrufen.

Ein anderes Beispiel ist Carmen. Sie gilt von Kindesbeinen an als verständnisvoll und zuvorkommend. Sie geht Konflikten gern aus dem Weg und favorisiert eine harmonische, hilfsbereite und vertrauensvolle Umgebung. Im Laufe ihres Lebens lernt sie dessen Tücken durch Zurückhaltung, Bescheidenheit und Toleranz zu meistern. Menschen wie Carmen suchen nicht unbedingt die politische Auseinandersetzung und den Wettbewerb ideologisch gefärbter Argumente. Sofern sie überhaupt ein politisches Interesse hegen, sympathisieren sie am ehesten noch mit Parteien, die für Kompromissbereitschaft und respektvolles Miteinander stehen oder den sozialen Ausgleich und die solidarische Bewahrung individueller Lebenschancen verfolgen.

Auswertungen zu mehreren tausend Charakterprofilen in der Schweiz legen nahe, dass sich rund die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer mit Reto verbunden fühlt und rund 40 Prozent die Seele Carmens in sich tragen. Darüber hinaus attestiert sich ein Viertel eine gewisse Offenheit, und weniger als ein Fünftel hält sich für extrovertiert. Erstere tendieren politisch nach links, Letztere nach rechts. Nicht einmal 5 Prozent schätzen sich als neurotisch ein und präferieren ebenso das linke Politspektrum. Unterm Strich weist die charakterliche Verteilung auf ausgeglichene Kräfteverhältnisse hin. Wenn also niemand im Oktober aus seiner Haut schlüpft, dann wird trotz allseitigen Erwartungen kein politisches Lager ein anderes nennenswert überragen. Und wenn doch: Wäre das ein Zeichen von Charakterschwäche?

---

**Markus Freitag** ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

# Mittendrin und nicht dabei: die Ausländer

## Gastkommentar

von ADRIAN VATTER

Jede vierte Person in diesem Land hat keinen Schweizer Pass. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz ist mit mehr als 2,1 Millionen Einwohnern sogar grösser als der Anteil Französischsprachiger. In einzelnen Kantonen macht er über 40 Prozent (Genf) bzw. 35 Prozent (Basel-Stadt) der Wohnbevölkerung aus. Zwar gewähren acht Kantone, vor allem diejenigen in der Westschweiz, Ausländern in der Regel das volle Wahlrecht auf kommunaler Ebene und die zwei Kantone Jura und Neuenburg zusätzlich auf kantonaler Ebene zumindest das aktive Wahlrecht. Bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen verfügen sie aber über keine Stimme. Demokratie, wörtlich übersetzt «Volksherrschaft», ist in der Schweiz auf nationaler Ebene nach wie vor in erster Linie eine Inländerherrschaft. Was wäre, wenn auch die ausländische Bevölkerung bei nationalen Wahlen teilhaben dürfte?

Der Befund: Ausländer stehen sowohl parteipolitisch als auch bei Abstimmungen weiter links als die Schweizer, wie eine Studie des Politologen Andreas Ladner von der Uni Lausanne zeigt. Sie sind eher für hohe Wohlfahrtsausgaben, weniger häufig für eine starke Armee, für eine stärkere europäische Integration und – wenig überraschend – für mehr Chancengleichheit für Ausländer. Gemäss dieser Analyse würden 28,5 Prozent der in der Schweiz lebenden Ausländer die SP wählen, danach folgen die Grünen. Vor allem bei den Franzosen, Spaniern und Italienern ist die SP die beliebteste Partei, während die Deutschen am häufigsten die Grünen wählen würden. Erst an dritter Stelle folgt die SVP. Sie wäre mit 14,3 Prozent bei den Ausländern nur halb so beliebt wie bei den Schweizern. Ihre Sympathisanten finden sich vor allem bei den Zuwanderern aus den ehemals kommunistischen osteuropäischen Staaten, die generell skeptisch gegenüber linken Parteien eingestellt sind. Überraschend ist das schlechte Abschneiden der CVP, stammen doch viele Ausländer aus dem katholischen und christ-

Dürften Ausländer wählen, glichen sich ihre Einstellungen längerfristig denjenigen der Schweizer an.

lichdemokratisch geprägten Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal). Damit bestehen offensichtliche Unterschiede zwischen Ausländern der ersten Generation und Schweizer Wählern.

Interessanterweise passen sich aber die politischen Einstellungen der Migranten denjenigen des Gastlandes mit fortlaufender Aufenthaltsdauer an. So kommt der Politologe Oliver Strijbis zum Schluss, dass Ausländer der zweiten Generation zwar noch etwas linker wählen würden als Schweizer. Auch bei ihnen steht die SP an erster Stelle. Aber schon als zweitbeliebteste Partei folgt die SVP. Spätestens bei der dritten Generation von Ausländern verschwinden die Unterschiede dann fast vollständig. Sie weisen mehr oder weniger die gleichen politischen Einstellungen auf wie Schweizer ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich zur ersten und zweiten Ausländergeneration haben sich ihre politischen Präferenzen nach rechts verschoben. Eine Mehrheit der oft schon Eingebürgerten würde die Parteien aus dem bürgerlichen Mitte-rechts-Lager wie BDP, CVP, FDP und GLP wählen, während die Anteile der Rot-Grünen und der Rechtskonservativen (SVP, Lega, EDU) denjenigen der Schweizer entsprechen.

Je länger also Migranten hier leben, umso stärker gleicht sich ihr Wahl- und Stimmverhalten den Schweizern an. Es würde sich somit längerfristig wenig am Ausgang von Wahlen und Abstimmungen ändern, wenn wir zumindest denjenigen Ausländern das Wahlrecht gäben, die schon lange in der Schweiz leben. Gleichzeitig wäre es aber ein wichtiger Schritt zur politischen Integration einer grossen Minderheit in die Schweizer Gesellschaft.

Adrian Vatter ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Markus Freitag im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

# Politik als Beruf(ung)

## Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Sie tun das, was sich nur noch wenige antun. Und sie werden nicht einmal richtig bezahlt dafür. Fragt man Milizpolitiker nach der sonst erhaltenen Wertschätzung, zucken sie auffallend oft mit ihren Schultern. Beinahe die Hälfte der Heranwachsenden weiss nicht einmal, dass es sie gibt. Nicht von ungefähr bekunden immer mehr Gremien enorme Schwierigkeiten, ihre Behördenstellen mit ihnen zu besetzen. Der verpflichtende Charakter ihrer Tätigkeit sowie deren zeitliche Fremdbestimmung korrespondieren mehr schlecht als recht mit dem zeitgenössischen Wunsch nach einer flexiblen Lebensplanung. Gerade im neu zu wählenden National- und Ständerat werden die Interessen der Wählenden zunehmend weniger von ihnen vertreten. Dabei betreiben sie Politik zumeist aus Berufung. Was wäre eigentlich, wenn es das Milizprinzip nicht mehr gäbe und wir stattdessen nur noch Berufspolitiker hätten?

Kritiker des Milizsystems würden aufatmen. Miliztätige sehen sich in deren Augen mit zu hohen Leistungsanforderungen und Anspruchshaltungen konfrontiert, denen sie als unvollkommen qualifizierte Freizeitpolitiker nicht gerecht werden können. Ihre zeitlich begrenzte Verfügbarkeit erschwert denn auch die arbeitsteilige Koordination und Kommunikation mit der Verwaltung. Zudem geht die mit der beschränkten Einsatzfähigkeit einhergehende Fokussierung auf das Tagesgeschäft zulasten der Verfolgung langfristig angelegter Projekte und konzeptionell-strategischer Anliegen. Ohnehin leide das Engagement im Milizwesen unter einer sozialen Diskriminierung, und die Arbeit wird eher von den «haves» als von den «have-nots» gestaltet. Eine Miliztätigkeit muss man sich eben leisten können. Auch beschwören die hauptberuflichen Beziehungen und Erfahrungen der Miliztätigen immer wieder Interessenskollisionen herauf. Insbesondere fehlende ange-

## Eine Professionalisierung macht die politische Arbeit aber nicht zwingend besser.

messene Vergütungen verführen die Behördenmitglieder zu intransparenten Vorteilsnahmen und verwaschen die Grenzziehung zwischen privatem und öffentlichem Interesse.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist der Preis der Professionalisierung hoch. Fixe Besoldungskosten für Berufspolitiker schränken den finanziellen Spielraum ein. Ein Rückbau einer einmal geschaffenen Stelle ist problematisch. Zudem könnte der Einsatz monetärer Impulse auch zu charakterlichen Umschichtungen im Milizpersonal führen, so dass die Uneigennützigkeit und die Gemeinwohlorientierung des Engagements sukzessive durch Profitstreben abgelöst werden. Festangestellten Lokalpolitikern drohen bei einer Abwahl oftmals auch empfindliche Einkommensverluste. Solche Aussichten bringen eine andere Art des Politisieren mit sich. Statt auf Sachpolitik konzentriert man sich auf die Wiederwahl. Überdies schafft das Milizprinzip Vertrauen in die Institutionen und damit politisches Kapital. Ohne dieses System könnte die implantierte Identität zwischen Regierenden und Regierten Schaden nehmen und die Politik mit der Zeit als abgehobener empfunden werden, da weniger Alltagserfahrungen in die Politik einfliessen.

Der Königsweg wird kein Entweder-oder sein. Die Schweizer Beteiligungsdemokratie wird nicht allein als Laienschauspiel aufgeführt werden können. Allerdings macht eine Professionalisierung die politische Arbeit nicht zwingend besser. Es braucht den Laien als Korrektiv, um etwaige Qualifikationslücken der Professionellen wirkungsvoll mit praxisnahem Gedankengut zu ergänzen und die Bodenhaftung der Politik nicht zu verlieren. Sowieso: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmass lassen sich nicht mit Geld aufwiegen.

---

**Markus Freitag** ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

# Wahlfaul und zufrieden

## Gastkommentar

von ADRIAN VATTER

Die grösste Partei der Schweiz ist diejenige der Nichtwähler. Mehr als jeder zweite Wahlberechtigte wirft das Wahlcouvert direkt ins Altpapier. Während vor hundert Jahren nach Einführung des Proporzwahlsystems die Beteiligung bei über 80 Prozent lag, betrug sie 2015 noch 48,5 Prozent. Vor allem die Jüngeren und wirtschaftlich schlechter Gestellten gehen selten an die Urne, ebenso sozial isolierte Personen. Gleichzeitig hat sich der Beteiligungsunterschied zwischen Männern und Frauen beinahe aufgelöst.

Was wäre, wenn auch die Mehrheit der Nichtwähler bei nationalen Wahlen teilnähme? Gäbe es bei einer hundertprozentigen Wahlbeteiligung plötzlich eine klare linke oder rechte Mehrheit in der Schweiz? Oder andersherum gefragt: Begünstigt die niedrige Partizipation einzelne Parteien? Gemäss verschiedenen Wahlstudien unterscheiden sich die Parteisympathien von Wählenden und Nichtwählenden in der Schweiz nicht grundsätzlich voneinander.

Allerdings gäbe es bei einer Teilnahme der Wahlabstinenten durchaus gewisse Akzentverschiebungen. So geniesst insbesondere die SVP mehr Unterstützung bei den Wahlmüden. Sie ist bei ihnen noch stärker vertreten als bei den Wählenden.

Bei den letzten nationalen Wahlen hätten theoretisch 33 Prozent der Nichtwählenden die SVP (29,4 Prozent Wähleranteil) gewählt, wenn sie denn auch an die Urne gegangen wären. Von den ehemaligen Nichtwählern, die das letzte Mal das Wahlcouvert einwarfen, entschieden sich sogar fast 40 Prozent für die grösste Partei.

Allerdings konnte die Volkspartei vor vier Jahren auch davon profitieren, dass Migration und Asyl auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise die mit Abstand wichtigsten Themen des Wahlkampfes waren und eine hohe Betroffenheit in breiten Teilen der

## Würden alle Nichtwähler an die Urne gehen, gäbe es keine Umwälzung der Parteienlandschaft.

Bevölkerung auslösten. Ebenfalls etwas über ihrem Wähleranteil schneiden die FDP und BDP bei den Nichtwählenden ab, während vor allem die CVP, aber auch die SP unterdurchschnittliche Sympathien bei der schweigenden Mehrheit geniessen.

Die Wählenden vertreten die «Wahlfaulen» damit also insgesamt erstaunlich gut. Würden sich wirklich alle Wahlberechtigten auch die Mühe nehmen, die Wahlunterlagen auszufüllen und abzuschicken, würde dies zu keinen grösseren Erschütterungen im Schweizer Parteiensystem führen. Gleichzeitig ist es auch nicht das Ende der Schweizer Demokratie, wenn die Hälfte zu Hause bleibt. Die Legitimität des Wahlergebnisses misst sich nicht allein an der Zahl der Beteiligten. Der Verzicht, an Wahlen teilzunehmen, ist nämlich auch die Folge einer durch die Wählerschaft selbst praktizierten Selektion: Wer gut informiert ist, sich mit den Parteien und ihren Positionen auseinandersetzt und ein hohes politisches Interesse hat, geht häufig wählen. Wer hingegen schlecht informiert ist und wenig über Politik weiss, bleibt in der Regel der Urne fern.

Eine hohe Entscheidungsqualität ist deshalb oft mit einer geringen Beteiligungsrate verbunden. Zudem zeigt sich im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, dass die Wahlmüdigkeit in der Schweiz mehrheitlich nicht mit Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit verbunden ist. Im Gegenteil: Die meisten Nichtwähler sind zwar politisch desinteressiert, aber mit dem politischen System zufrieden und haben ein hohes Vertrauen in die Parteien und das Parlament. Eine geringe Wahlbeteiligung ist deshalb in der Schweiz kein Krisensymptom, sondern vor allem auch Ausdruck davon, dass «die in Bern oben» ihre Arbeit ganz gut machen.

---

**Adrian Vatter** ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Markus Freitag im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre wenn?

# Trump würde nicht Bundesrat

## Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Stellen Sie sich vor, es sind Wahlen, und keiner geht hin. Für viele ein Schreckensszenario. Urnengänge sind schliesslich eine staatsbürgerliche Pflicht und all diejenigen, die sich dieser nicht unterwerfen, schlechte Bürger. Letzteres wird vom Modell der Tarnkappendemokratie bezweifelt, das amerikanische Politikwissenschaftler vor beinahe zwanzig Jahren entwarfen, um den Zustand einer bewusst beteiligungsabstinenten Gesellschaft zu beschreiben.

In dieser «stealth democracy» wollen die Bürger gar nicht ständig nach ihrer Meinung gefragt werden. Vielmehr werden die Regierungsgeschäfte im Verborgenen und beinahe unsichtbar von einem technischen Apparat aus delegierten Fachpersonen, unabhängigen Kommissionen oder erfolgreichen Geschäftsleuten geführt. Politiker und Parteien sind in diesem Konzept nicht vorgesehen. Da die Regierungsmitglieder nicht gewählt werden, sind sie gegen Sonderinteressen gefeit und können im Sinne der breiten Öffentlichkeit handeln. Statt Parteiinteressen und ideologischer Kabale dominiert in diesem technischen Entwurf die Effizienz: Politische Abläufe dienen allein der Erreichung übergeordneter und weitgehend unbestrittener Ziele. Das Volk verzichtet freiwillig und guten Gewissens auf die Beteiligung. Es ist an politischen Debatten nicht wirklich interessiert und greift nur im äussersten Notfall in das politische Geschehen ein. Rund ein Viertel der Amerikaner und über 30 Prozent der Briten und Australier bekunden in Umfragen Sympathien für dieses Nichtbeteiligungsmodell. In Südkorea unterstützen über 40 und in Spanien gar rund 50 Prozent der Bevölkerung die Tarnkappendemokratie.

Was wäre, wenn die Schweizerinnen und Schweizer diese Systemalternative herauspicken könnten? Wahlurnen gelten hierzulande ohnehin nicht als «hot spot», und der Grossteil der Schweizerinnen und Schweizer verzichtet regelmässig auf die Stimmabgabe. Forschungen legen auch nahe, dass sich die Nichtwähler

## Die Mehrheit sieht die Geschicke des Landes in den Händen der Politiker gut aufgehoben.

lerschaft mehrheitlich aus zufriedenen Bürgern zusammensetzt. Und nehmen im Parlament nicht vermehrt Politiker Platz, die zwar ohne vorgängige parteipolitische Ochsentour, aber mit zugeschriebenem Expertenstatus quer in die Politik einsteigen? Zudem: Werden landauf, landab nicht immer wieder erfolgreiche Unternehmer als Regierungspersonen herbeigesehnt? Vor die Wahl gestellt, kann nach den Auswertungen der Berner Politologin Maya Ackermann jedoch nur gut ein Sechstel der Schweizerinnen und Schweizer dieser Herrschaftsform etwas abgewinnen. Das hiesig praktizierte Beteiligungsmodell gilt als alternativlos, und die wenigen Fürsprecher der Tarnkappendemokratie finden sich eher unter älteren Männern und formal wenig gebildeten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Drei Viertel der Befragten sprechen sich gar für eine gründliche Diskussion im Vorfeld politischer Entscheidungen aus und entsprechen damit so gar nicht dem Bild des politisch gleichgültigen Eidgenossen.

Und auch wenn die Bevölkerung mehr der Feuerwehr und der Polizei als den Politikern vertraut, sehen doch über zwei Drittel die Geschicke des Landes in den Händen Letzterer gut aufgehoben. Ein gutes Drittel kann sich zwar auch unabhängige Experten an der Staatsspitze vorstellen, doch immerhin die Hälfte möchte auch die Parteien nicht missen. Und aufgespasst: Nur ein Fünftel wünscht sich politisch unerfahrene Wirtschaftskapitäne am Regierungsruder. Kurzum: Hätte das Volk die Wahl, für Donald Trump gäbe es wohl keinen Platz im Bundesrat.

**Markus Freitag** ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

# Äpfel, Socken und scharfe Klingen

Gastkommentar

von ADRIAN VATTER

Der Wahlkampf von 2015 war der teuerste der Geschichte. Jetzt sieht es danach aus, dass die laufende Kampagne noch einmal mehr Geld kosten wird. Dabei verfolgt jede Partei ihre eigene Strategie: Die SVP setzt auf Wahlsongs, Videos und umstrittene Wahlplakate, die an die Propaganda der 1930er Jahre erinnern. Die SP versucht mit einer Telefonkampagne, Tür-zu-Tür-Gesprächen und Postkartengrüßen nicht in Vergessenheit zu geraten. Die CVP hat mit ihrer Online-«Vergleichskampagne» für Wirbel gesorgt, und auch die FDP nutzt die neuesten technologischen Entwicklungen. Sie führt einen datengestützten Tür-zu-Tür-Wahlkampf, der eine punktgenaue Ortung des eigenen Wählerpotenzials nach Strassenzügen erlaubt und bei dem sie ihre Erkenntnisse in einer für diesen Zweck entwickelten App erfassen kann.

Neu kommen auch die Cineasten auf ihre Kosten: Mit der SVP-Krimikomödie «Der Wahlkampf», dem SP-Kapitalismus-Trailer und dem Virtual-Reality-Film der FDP sollen auch wenig politikinteressierte Bürger unterhalten werden. Schliesslich gibt es wie alle vier Jahre auch den traditionellen Wahlkampf: Tausende von Plakaten hängen mit den Slogans der Parteien und den Konterfeis der Kandidaten im Land herum. Zehntausende von Inseraten werden in den Printmedien und den sozialen Netzwerken geschaltet. – Was wäre, wenn es keine Werbung der Parteien bei Wahlen gäbe?

Zunächst: Die finanziellen Möglichkeiten in der Schweiz sind sehr ungleich verteilt. Während die SVP und die FDP bei den letzten eidgenössischen Wahlen doppelt so viele politische Werbung in den Zeitungen schalten konnten wie die CVP und die SP, waren die Ausgaben für Inserate der übrigen Parteien vernachlässigbar klein. Die SVP und die FDP waren auch die einzigen Parteien, die eine gross angelegte nationale Kampagne mit ihren Kernthemen und Stars fahren konnten. Und beide zählten zu den Gewinnerinnen der letzten Wahlen. Gilt also: je höher das Werbebudget,

## Parteienwerbung im Vorfeld von Wahlen bringt weniger, als man denkt.

umso grösser der Wahlerfolg? Gemäss Studien des *Année Politique Suisse* der Universität Bern erzielten die Kampagnen von SVP und FDP 2015 nur eine minimale Wirkung auf die Wahlchancen der beiden Parteien: Der Wechsel einer bestehenden Wahlabsicht aufgrund der Inserate der beiden Parteien fand nicht statt. Auch ist es der SVP nicht gelungen, noch unentschlossene, aber potenzielle Wähler mit ihren Anzeigen zu überzeugen. Schliesslich führte die Werbung der FDP zu Wirtschaftsthemen nicht dazu, dass sich die Wahlabsicht von FDP-Sympathisanten während der Kampagne noch verstärkte.

Ganz wirkungslos war die geballte Reklame aber auch nicht. So bestärkten die vielen Inserate zur Einwanderung vor allem diejenigen Wähler, die ohnehin die SVP wählen wollten, in ihrer Wahlabsicht. Und bei der FDP hatten die Anzeigen zur EU einen Aktivierungseffekt bei denjenigen, die noch am Anfang der Kampagne keine feste Wahlabsicht hatten. Die Effekte der Parteienwerbung sind also insgesamt klein, können aber bei Kopf-an-Kopf-Rennen entscheidend sein. Dass die Schweiz als eines der wenigen europäischen Länder keine gesetzlichen Regelungen zur Finanzierung von Wahlkampagnen der Parteien kennt, ist der Linken seit langem ein Dorn im Auge, während sich die Rechte seit Jahren taub stellt. Angesichts der geringen Wirkung erscheint der Ruf nach Werbeverboten und Kontrollbürokratie allerdings übertrieben. Trotzdem steht es dem Bürger zu, über die Geldquellen wurmstichiger Äpfel, roter Socken und blauer Sackmesser genau aufgeklärt zu werden.

---

**Adrian Vatter** ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Markus Freitag im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

# NZZ-Leser: liberal und untätowiert

## Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Wähler, es ist Zeit. Der Sommer war gross, doch jetzt steht der Urnengang vor der Tür. Wer sich bis jetzt noch zu keiner Meinung durchgerungen hat, wird auch die letzten Versprechungen der Kandidaten ins Leere laufen lassen. Und wer jetzt noch ohne Partei ist, wird sich seiner Stimme wohl enthalten. Dem Leser dieser Zeitung sind solche Gedanken indes fremd. Für NZZ-Getreue ist die Wahlteilnahme fast schon Bürgerpflicht. Was sind das eigentlich für Menschen, die diese Zeitung lesen?

Alltagsbeobachtungen legen zunächst einmal nahe, dass es sich mehrheitlich um adrett gekleidete, graumelierte und zumeist untätowierte Personen handelt. Systematischere Betrachtungen statistischen Zahlenmaterials lassen dazu erkennen, dass NZZ-Leser vornehmlich in Städten und Agglomerationen zu Hause, dazu eher hoch gebildet, einkommensstark, originell, phantasievoll, männlich und Nichtraucher sind. Vergleichbar mit Lesern anderer Zeitungen greift nur ein Fünftel von ihnen regelmässig zum Glimmstengel. Zudem wird die vorliegende Zeitung für viele erst ab dreissig zur Option. Im Vergleich zu «Blick»-besitzern NZZ-Leser weniger oft ein Auto, dafür fliegen sie mehr als die Freunde des Boulevards (dies gilt auch im Vergleich zu den Lesern des «Tages-Anzeigers» und von «20 Minuten»). Über drei Viertel von ihnen verfolgen zudem regelmässig das Programm des Schweizer Fernsehens.

NZZ-Leser verfügen über ein ausserordentliches politisches Wissen, strahlen eine grosse Demokratiezufriedenheit aus und bringen dem Bundesrat erhebliches Vertrauen entgegen. Und unabhängig von Alter und Geschlecht zeigen fast alle Anhänger der NZZ ein hohes politisches Interesse. Fast 70 Prozent fühlen sich sogar einer Partei verbunden. Geht es um politische Inhalte, verateten die Zahlen, dass NZZ-Leser einer Erhöhung der Sozialausgaben eher kritisch gegenüberstehen. Zwei Drittel befürwor-

Aus dem Medienkonsum lassen sich durchaus Hinweise auf politische Einstellungen ableiten.

ten zudem Massnahmen zum Schutz der Umwelt, und ein Drittel möchte die Atomenergie nicht missen. 70 Prozent sprechen sich für eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre aus. Zum Vergleich: Leser des «Tages-Anzeigers» tun dies nur zu knapp 44 Prozent, und unter den Konsumenten des «Blicks» und von «20 Minuten» erfreut sich dieser Vorschlag nur bei rund einem Drittel besonderer Beliebtheit. Ein Fünftel der NZZler wiederum befürwortet einen EU-Beitritt. Mit Blick auf die Zusammensetzung des Bundesrates sprechen sich über 80 Prozent der NZZ-Getreuen für eine Konkordanzformel aus, die sich rein an den Parteistärken orientiert.

Was wäre, wenn nur die NZZ-Leser wählen gehen würden? Auswertungen vergangener Wahlen deuten eine liberale Akzentverschiebung in der Zusammensetzung des National- und Ständerats an. Stärkste Kraft in Bern wäre nämlich die FDP. Annähernd jeder zweite NZZ-Leser spräche sich für die Freisinnigen aus. Immerhin 21 Prozent gäben den Sozialdemokraten ihre Stimme, und rund 15 Prozent votierten für die SVP. Die CVP und die Grünliberalen würden rund 7, die Grünen 5 Prozent erreichen. Alle übrigen Parteien kämen nicht in die Kränze. Während die meisten Leser dieser Zeilen im Hinblick auf die anstehenden Wahlen sicher Freude an einem solchen Resultat hätten, mag dies für die Konsumenten anderer Blätter weit weniger gelten: Wer den «Tages-Anzeiger» liest, wählt mehrheitlich SP, Abnehmer des «Blicks» und von «20 Minuten» sprechen sich klar für die SVP aus. Es gilt also: Sag mir, was du liest, und ich sag dir, was du wählst.

Markus Freitag ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellte hier im Wechsel mit Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Wahlen die Frage: Was wäre, wenn? Mit diesem Beitrag ist die Serie abgeschlossen.